

03.02.2010 - 08:00 Uhr

## Media Service: Vorabmeldungen aus der Handelszeitung vom Mittwoch, den 3. Februar 2010

Zürich (ots) -

UBS: Ein deutscher Kunde packt aus

Im Streit um Daten deutscher Steuersünder bricht ein deutscher UBS-Kunde das Schweigen. Er berichtet laut einem Vorabdruck der «Handelszeitung», wie seine UBS-Berater Steuern am Fiskus vorbei geschleust haben, unter anderem mit einem Scheinwohnsitz in Zürich, Stiftungen in Singapur und Gesellschaften in Panama. Die Grossbank habe für ihn ein komplexes Tarnkonstrukt aufgezogen - und er damit Steuern umgangen. In den 50er Jahren startet der gebürtige Kölner Klaus Mayer\*, Jahrgang 1935, in Caracas ein Geschäft im Papiergrosshandel. Bald vertrieb er als lokaler Agent die Papierprodukte von weltweit führenden Herstellern wie Stora Enso - meistens exklusiv. Damit verdiente sich der Deutsche in den darauf folgenden Jahrzehnten ein Vermögen zusammen. 2005 transferierte Mayer ein Grossteil seines Vermögens zur UBS. Ein dreistelliger Millionenbetrag lagerte danach bei der UBS Hamburg. Für die UBS soll der heute 75-jährige ein dicker Fisch gewesen sein: Mayer gehörte laut Angaben seines Anwaltes zu den fünf wichtigsten Privaten Klienten der UBS Deutschland AG. Doch die Pläne gingen am Ende nicht auf: Mayer meldete sich seinem Anwalt zufolge vor einigen Monaten beim deutschen Fiskus, nachdem weite Teile seines Vermögens in den Wirren der Finanzkrise pulverisiert worden waren. Mayer will in den nächsten Tagen gemäss seinem Rechtsanwalt Strafanzeige in Frankfurt einreichen - wegen Steuerhinterziehung, versuchter Nötigung, Betrug und Untreue. Vor Gericht werde auch Mayers langjähriger UBS-Kundenberater als Zeuge auftreten. Dieser ist seit Ende 2008 nicht mehr für die UBS aktiv. Möglicherweise droht der UBS nun ein zweiter Fall Birkenfeld. Jener UBS-Banker hatte im vergangenen Jahr vor Gericht über die Machenschaften der UBS in den USA ausgepackt, die Grossbank damit in eine schwere Krise gestürzt und letztlich das Ende des Schweizer Bankgeheimnisses eingeläutet. Die UBS weist die Vorwürfe des Kunden in einer ersten Stellungnahme zurück.

\*Name der Redaktion bekannt

AKW-Streit: Stromkonzerne stehen vor Einigung

Im Konflikt der Energieriesen Alpiq, Axpo und BKW zeichnet sich eine Lösung ab: Bis Ende 2011 soll feststehen, wo neue AKW entstehen. «Der Durchbruch ist möglich», bestätigt Hans E. Schweickardt, Alpiq-Verwaltungsratspräsident, gegenüber der «Handelszeitung». Alpiq schlägt Folgendes vor: Die drei zerstrittenen Energieunternehmen sollen sich auf zwei AKW-Standorte einigen, sobald die Bundesverwaltung alle drei derzeit vorliegenden Rahmengesuche geprüft hat, und damit dem Bundesrat zuvorkommen. «Mit diesem Vorgehen ist sichergestellt, dass alle technischen, finanziellen und politischen Rahmenbedingungen in den Standortentscheid einfließen», sagt Alpiq-VRP-Schweickardt. Gemäss dem Vorschlag Schweickardts würde die Entscheidung Ende 2011 fallen, vorausgesetzt, der Fahrplan des Bundes verzögert sich nicht. Die Axpo, die bisher immer auf einen raschen Entscheid gedrängt hatte, lenkt ein. «Die Differenz mit Alpiq ist gar nicht so gross», bestätigt Axpo-CEO Heinz Karrer. Karrer fordert jedoch: «Die Strombranche muss sich nun über die Modalitäten klar werden.» Die nächste Etappe ist damit, die Details des von Alpiq vorgeschlagenen Entscheidungsprozesses in einem Vertrag festzuhalten.

Lonza: CEO Stefan Borgas will die Börse durch Leistung überzeugen

Das neue Jahr hat für den Chemiekonzern Lonza vielversprechend

angefangen. Nach dem Gewinneinbruch 2009 und einem Kurssturz an der Börse blickt CEO Stefan Borgas mit Optimismus in die Zukunft. «Das erste Quartal sieht gut aus. Wir wissen nicht, ob das so weiter geht. Aber wenn, dann sieht es besser aus als 2009», sagt Borgas im Interview mit der «Handelszeitung». So oder so will er den Gewinn in den nächsten drei Jahren um 170 bis 260 Mio Fr. verbessern. «Die Börse können wir nur durch Leistung überzeugen, und das dauert jetzt eben sechs bis zwölf Monate.» Aber dann werde die Börse sehen, dass Lonza das Wachstumspotenzial auch tatsächlich abliefern. Parallel dazu geht die Verlagerung der Produktion nach Asien weiter. «Wir verschieben die Produktion vor allem wegen den Märkten nach Asien und nicht primär aus Kostengründen. Der Kostenvorteil in Asien ist bald einmal weg, spätestens in zehn Jahren», sagt Borgas. Abgesehen vom laufenden Abbau von weltweit 450 bis 500 Stellen wird am Standort Vispach in Zukunft weiter abgebaut. «Es gibt dort einzelne Geschäfte, deren Verkauf wir uns in zwei bis drei Jahren vorstellen könnten. Nicht wegen zu geringer Profitabilität, sondern weil sie nicht zum Rest passen.»

VP-Bank-Verwaltungsratspräsident Hans Brunhart: "Schweiz muss Schlussstrich ziehen"

Der neue Fall von Datendiebstahl könne nicht nur der UBS, sondern dem ganzen Finanzplatz Schweiz schaden, warnt Hans Brunhart, Verwaltungsratspräsident der liechtensteinischen VP Bank gegenüber der «Handelszeitung». Der Wahrung der Privatsphäre des Kunden sei weiterhin oberste Priorität einzuräumen. «Das Vertrauen in deren Gewährleistung wird durch solche Vorkommnisse erschüttert», sagt Brunhart. Tatsächlich haben die Datendiebstähle bei den Liechtensteiner Banken LGT und LLB 2008 auch bei der VP Bank zu Mittelabflüssen geführt. «Es hat sich gezeigt, dass sich Vertrauen nicht auf ein einzelnes Unternehmen bezieht, sondern den ganzen Finanzplatz betrifft», sagt der VRP. Die Regierung hätte jedoch prompt reagiert und durch bilaterale Abkommen erreicht, dass sich Liechtenstein auf der weissen Liste der OECD befinde. «Die weisse Liste hat massgeblich geholfen, die Unsicherheit bei den Kunden abzubauen und Rechtssicherheit für diese zu schaffen», sagt Brunhart.

Swisscom setzt erneut den Rotstift an

Die Swisscom will dieses Jahr bis zu 600 Stellen streichen. Gemäss «Handelszeitung»-Recherchen sollen aber deutlich weniger als 300 Stellen über Entlassungen abgebaut werden. Swisscom-Sprecher Sepp Huber bestätigt die Zahl nicht, sagt aber, es werde Anpassungen in einzelnen Bereichen geben. Immerhin: Für die verbleibenden Swisscom-Beschäftigten soll es 2010 doch noch eine generelle Lohnerhöhung geben. Der Gang vor ein Schiedsgericht soll so in letzter Minute vermieden werden.

Kontakt:

Nähere Auskunft erteilt Ihnen gerne Herr Martin Spieler, Chefredaktor Handelszeitung, Zürich, Tel. 043 444 59 00.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100009535/100597531> abgerufen werden.